

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, den vorliegenden Antrag gemeinsam mit den Anträgen

**DS-Nr. 16/0167 „Ortsteil Menden, Ausbesserung / Reparatur der Zuwegung zum städt. Spielplatz Johannesstraße“**

**DS-Nr. 16/0168 „Ortsteil Menden, Bordsteinabsenkung Johannesstraße /linke Seiten-Straße“,**

**DS-Nr. 16/0169 „Ortsteil Menden, Einmündung Johannesstraße / Siegburger Straße“**

zu beraten, da es sich hierbei um einen Themenkomplex handele. Damit zeigte sich Herr Hatz von der Fraktion DIE LINKE einverstanden.

Dann erläuterte Herr Hatz noch einmal die Anträge seiner Fraktion. Dabei wies er ergänzend darauf hin, dass bei den Sitzungsvorlagen DS-Nr 16/166 und DS-Nr. 16/167 jeweils die Zwischenüberschriften „Beschlussvorschlag“ sowie „Sachverhalt/Begründung“ fehlten. Diesen redaktionellen Fehler bat er zu entschuldigen.

Herr Kourkoulos von der SPD-Fraktion sagte, dass der Fachbereich 5 bereits in der Vergangenheit öfters angeregt habe, an dieser Stelle Veränderungen vorzunehmen. Bislang sei jedoch nicht viel passiert. Insofern werde dies nun mittels der vorliegenden Anträge hoffentlich geschehen.

Bezüglich des Stadtteilladens stelle er die Frage, ob die Stadt an dieser Stelle tatsächlich etwas ändern könne, da es hierzu einer Absprache zwischen der Verwaltung und dem Hauseigentümer bedürfe. Er gebe dies an dieser Stelle als Bitte an die Verwaltung weiter. Er würde dabei noch die Installation eines Geländers hinzufügen, um so auch älteren Menschen den Zugang zum Haus wieder zu ermöglichen. Gleiches gelte für das Anbringen eines Drängelgitters.

Hinsichtlich der Spielstraße würde er befürworten, vor dieser neuen sozialen Einrichtung eine Art Schwelle einzubauen, damit Fahrzeuge dort abbremsten müssten. Schließlich sei dort erst vor kurzem wieder ein Unfall passiert.

Zum Spielplatz sagte er, dass es hinsichtlich möglicher Veränderungen bereits informelle Gespräche mit dem Leiter des städtischen Bauhofes gegeben habe. Über die Veränderung der Zufahrt hinaus würde er selbst noch eine Absenkung des Bordsteins anregen, da regelmäßig Fahrzeuge der Stadt sowie das Streetwork-Mobil auf das Gelände führen und dort rangieren müssten.

Herr Quadt von der CDU-Fraktion sagte, dass er Herrn Kourkoulos in allen Punkten zustimme. Hinsichtlich des Stadtteiladens führte er aus, dass es diese Barriere schon seit 45 Jahren gebe. Soweit ihm bekannt sei, handele es sich allerdings um Privatbesitz. Insofern gehöre dieser Antrag seiner Einschätzung nach nicht in den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss, sondern es müssten mit dem Eigentümer entsprechende Gespräche geführt werden. Die Ergebnisse daraus müssten dann in einem anderen Ausschuss beraten werden.

Die Zuwegung zum Spielplatz sei bereits teilweise durch den Bauhof ausgebessert worden.

Zur Absenkung des Bordsteins im weiteren Verlauf der Johannesstraße sagte er, dass es solche Stellen überall im Stadtgebiet gebe. Seines Wissens handele hier die Verwaltung bereits entsprechend, sobald sich an einer dieser Stellen eine Veränderung ergebe. Außerdem müsste man hier dann strukturiert vorgehen, da ansonsten eine Flut von Anträgen drohe.

Zur Spielstraße merkte er an, dass es diesen Begriff nicht gebe. Er bitte die Fachverwaltung hierzu um eine kurze Stellungnahme.

Grundsätzlich sei man sicherlich einer Meinung, dass die Verwaltung die Anträge zunächst hinsichtlich Machbarkeit und Kosten prüfe. Schließlich müssten hierfür auch entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Frau Jung von der FDP-Fraktion sagte, Sie stimme ihrem Vorredner zu, dass hier zunächst Gespräche mit dem Eigentümer über eine Lösung geführt werden sollten.

Gleichfalls betrachte sie die Reparatur der Zuwegung zum Spielplatz als sinnvoll an. Gleiches gelte für den Antrag hinsichtlich der Bordsteinabsenkung.

Den Antrag zur Spielstraße und dem Einbau von Fahrbahnschwellen würde sie als Prüfauftrag in die Verwaltung geben.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedankte sich für die Anträge. Bei dem Elterncafé als öffentlich zugängliches Gebäude müsse sich die Stadt sicherlich bemühen, mit dem Eigentümer über einen barrierefreien Zugang zu verhandeln. Dies sei in der Folge dann im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss zu beraten.

Hinsichtlich der Reparatur der Zuwegung zum städtischen Spielplatz Johannesstraße sagte er, dass es sicherlich unüblich sei, dies als Antrag einer Fraktion zu beschließen. Es gebe im Stadtgebiet eine Vielzahl von ähnlich gelagerten Fällen.

Zur Bordsteinabsenkung bitte er die Verwaltung um eine Stellungnahme, da es in der Vergangenheit bei diesem Thema in der Vergangenheit an anderen Stellen in der Bevölkerung unterschiedliche Ansichten gegeben habe.

Bezüglich des Antrages zur Einmündung Johannesstraße rege er an, die Verwaltung zu beauftragen, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu prüfen. Dies könnten straßenverkehrsrechtliche Anordnungen oder bauliche Maßnahmen sein. Zu Letzterem hätte er aber zunächst gerne eine Gesamteinschätzung der Verwaltung.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion schloss sich ihren Vorrednern an. Hinsichtlich des barrierefreien Ausbaus fragte sie an Herrn Hatz gewandt, ob dieser wisse, wie viele Nutzer einen solchen Zugang pro Tag benötigten. So gebe es beispielsweise für Rollstuhlfahrer mobile Schienen, welche bei Bedarf ausgelegt werden könnten, umso einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen.

Herr Hatz antwortete, dass es sich nicht nur um Besucher mit Rollstuhl handele, sondern auch um solche mit Rollatoren oder Kinderwagen. Insofern halte er eine Lösung mit den angesprochenen Schienen nicht für geeignet.

Die Bordsteinabsenkung sowie die hintere Kante des Bordsteines fielen in die Obliegenheiten der Stadt. Im Übrigen ziele der Antrag darauf ab, eine Lösung zu finden. Seine Fraktion würde es natürlich für ausreichend halten, wenn die Stadt entsprechende Gespräche mit dem Eigentümer führte und anschließend eine entsprechende Umsetzung zum Tragen käme. Schließlich handele es sich, wie bereits von Herrn Metz angemerkt, um ein öffentlich zugängliches Gebäude.

Seine Fraktion werde auch nicht für jedes Schlagloch einen Antrag stellen. Nur würden für den Spielplatzbereich bereits seit längerem Gespräche mit der Verwaltung geführt. Sicherlich gebe es auch an vielen Stellen im Stadtgebiet die Notwendigkeit einer Bordsteinabsenkung. Man sollte aber auch irgendwann einmal damit anfangen oder einen Prioritätenkatalog aufstellen.

Herr Gleß führte aus, dass man bereits dabei sei, im gesamten Stadtgebiet Absenkungen vorzunehmen, sei es durch sich bietende Gelegenheiten aufgrund von Bautätigkeiten oder durch Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum.

Er könne sicherlich keiner Fraktion vorschreiben, wie sie ihre Anträge zu stellen habe. Zum einen sei jedoch die Anzahl der Anträge in den letzten Jahren zurückgegangen. Zum anderen sei vieles auf dem kleinen Dienstweg gemacht worden, sodass schlussendlich die Tagesordnung habe entschlackt werden können. Dies sage er im Sinne einer gut funktionierenden Sitzungskultur. Auch hätte man die vorliegenden vier Anträge zu einem einzigen zusammenfassen können.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung sei einer Fraktion vorzugeben, wie sie ihre Anträge zu stellen habe.

Herr Gleß sagte, dass er dies, wie bereits erwähnt, so nicht gemeint habe. Er habe sich lediglich einen Hinweis erlaubt.

Zum Stadtteil-Laden sagte er, dass er diesen Antrag um den Vorschlag des Herrn Kourkoulos erweitern würde. Insofern wäre eine umfassende Prüfung vorzunehmen, welche auch die liegenschaftlichen Verhandlungen mit dem Eigentümer einschließe. Er sehe den UPV aber zunächst als den zuständigen Ausschuss an. Es sei zu klären, inwieweit eine Barrierefreiheit nach DIN-Norm hergestellt werden könne.

Die Ausbesserung/Reparatur der Zuwegung zum städtischen Spielplatz Johannesstraße sei bis auf eine Kante von 2 cm, welche noch hervorstehe, am 02.05.2016 erledigt worden. Insofern sei noch zu prüfen, wie die verbliebene Kante einzuschätzen sei.

Für die Ausweisung einer Spielstraße sei der niveaugleiche Ausbau erforderlich, was einen Umbau der Straße bedingen würde. Hierfür müssten Haushaltsmittel eingestellt werden. Es sei jedoch beabsichtigt, an dieser Stelle eine verdeckte Geschwindigkeitsmessung vorzunehmen. Er schlage vor, diese zunächst abzuwarten, den vorliegenden Antrag also zunächst ebenfalls als Prüfauftrag anzunehmen. Man würde also mit den Ergebnissen aus der Geschwindigkeitsmessung wieder in den Ausschuss gehen, um dann zu beraten, wie weiter vorgegangen werden sollte.

Herr Schwamborn führte hinsichtlich der Bordsteinabsenkung aus, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit auch für Sehbehinderte grundsätzlich im Zuge von Neubaumaßnahmen vorgenommen würden, wie beispielsweise in Hangelar-West. Er sehe an der in Rede stehenden Stelle auch einen Bedarf. Hierbei würde es sich jedoch um eine Einzelmaßnahme handeln, welche zunächst nicht durchgeführt würde. Man könne sich sicherlich aber dafür entscheiden.

Der Ausschussvorsitzende fasste zusammen, dass die Verwaltung zu allen vier Anträgen entsprechende Vorgehensweisen vorgeschlagen habe. Sollte der Ausschuss dieser Verfahrensweise folgen, könne man dies so beschließen.

Herr Hatz stimmte diesem Vorschlag zu.

Frau Jung schlug vor, dies im Protokoll auch so gebündelt darzustellen.

Dies sagte der Ausschussvorsitzende zu.

Herr Quadt schlug vor, den Prüfauftrag hinsichtlich der Spielstraße bzw. der Verkehrsberuhigten Zone dahingehend zu erweitern, dass die Straße „Im Werthchen“ sowie die Nachbargasse ebenfalls berücksichtigt würden.

Frau Feld-Wielpütz sagte, dass sie bereits vor ca. 3 oder 4 Jahren die Stadtverwaltung auf die Situation an der Niederpleiser Straße/Ecke B56 hingewiesen habe. Dort stehe der Benderhof sehr weit im Bürgersteig, was ein Problem insbesondere für ältere Fußgänger mit Rollatoren hinsichtlich der Querung der Niederpleiser Straße darstelle. Dazu sei ihr seinerzeit gesagt worden, dass bei der nächsten Baumaßnahme dort Abhilfe geschaffen werde. Bis heute sei dort jedoch nichts passiert. Vor dem Hintergrund des heutigen Beschlusses sei dies nur schwer gegenüber der Bürgerschaft zu vertreten. Sie sei bislang davon ausgegangen, dass es ein Programm seitens der Stadt gebe, in welchem entsprechende Prioritäten gesetzt würden.

Frau Jung sagte, dass sie prinzipiell Frau Feld-Wielpütz zustimme. Sie weise allerdings auf die Ausführungen des Herrn Gleß hin. Aktuell würden jedoch die vorliegenden Anträge behandelt. Insofern sollte die Verwaltung nun entsprechend ihrer Zusagen verfahren. Es sei aber sicherlich ratsam, innerhalb des Ausschusses die zukünftige Vorgehensweise zu diskutieren.

An Herrn Quadt gewandt sagte sie, dass es sicherlich auch noch andere dringende Bereiche gebe, wie zum Beispiel die Situation in der Burgstraße. Hier gehe es ihrer Ansicht nach um die Sicherheit von deutlich mehr Verkehrsteilnehmern als in der Straße „Im Werthchen“.

Insofern würde sie dem Vorschlag von Herrn Gleß folgen, eine verdeckte Geschwindigkeitsüberprüfung durchzuführen, anschließend die Ergebnisse vorzustellen und schließlich im Ausschuss zu beraten, wie an dieser Stelle weiter verfahren werden sollte.

Herr Metz sagte, dass er sich noch gut an eine Verkehrsschau des Ausschusses erinnern könne, welche vor einigen Jahren in Hangelar durchgeführt worden sei.

Hinsichtlich des letzten Punktes könne man sicherlich heute einen Prüfauftrag zur Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit fassen, wenn die antragstellende Fraktion bereit wäre, ihren Antrag dahingehend abzuändern. Käme man zu dem Ergebnis, an dieser Stelle eine verkehrsberuhigte Zone einzurichten, dürfe man nicht vergessen, dass dies sehr kostenintensiv sei und Mittel hierfür im Haushalt zunächst nicht bereitstünden, insbesondere, wenn dann auch noch andere Straßen mit hinzugenommen würden. Hier müsste dann ggf. über Anliegerbeiträge nachgedacht werden. Insofern biete sich so etwas beispielsweise im Zuge einer Kanalsanierung an.

Hinsichtlich der Bordsteinabsenkung gebe es einen Rahmenvertrag mit einer ortsansässigen Firma für Straßenunterhaltung. Hier sollte es möglich sein, schnell zu einer Lösung des Problems zu kommen.

Herr Kourkoulos bat Herrn Gleß darum zu prüfen, ob der Bordstein der Zufahrt zum Spielplatz abgesenkt werden könne.

Herr Köhler begrüßte die vorgeschlagene Vorgehensweise des Herrn Gleß. An Frau Feld-Wielpütz gewandt sagte er, dass er die vorgeschlagene Lösung mit Rampen für eine Zumutung halte. Er halte es für schlimm, wenn jemand mit einer Geh- oder Sehbehinderung zunächst jemanden rufen müsse, der ihm dann eine Rampe auslegt.

Herr Müller von der CDU-Fraktion sagte, dass man hinsichtlich einer Verkehrsberuhigung zunächst die dort befindlichen Schilder hinsichtlich Anzahl und Zustand überprüfen könne. Vielleicht ergebe sich hierdurch ein erster Erfolg, noch bevor man eine Geschwindigkeitsmessung durchführte.

Frau Feld-Wielpütz stimmte Herrn Köhler zu, dass dies keine optimale Lösung sei. Deshalb habe sie auch eingangs gefragt, wie die konkrete Nutzung an dieser Stelle aussehe. Fußgänger mit Rollatoren könnten solche Schienen ohnehin nicht nutzen. Sie sehe dies lediglich als Hilfsmittel, welches relativ kurzfristig eingesetzt werden könnte. Hinsichtlich der Bordsteinabsenkungen im Bereich Niederpleiser Straße/Ecke B56 bat sie die Verwaltung um Prüfung einer mittelfristigen Realisierung.

Der Ausschussvorsitzende schlug dem Ausschuss vor, dem Vorschlag des Herrn Gleß folgend über die vier vorliegenden Anträge als einen gemeinschaftlichen Prüfauftrag zu beschließen.

Damit zeigte sich der Ausschuss einverstanden.

Anschließend ließ der Ausschussvorsitzende über den zusammengeführten Beschlussvorschlag als Prüfauftrag abstimmen.

Protokollnotiz:

Die Beschlusstexte zu den einzelnen Anträgen sind in der Niederschrift jeweils gesondert unter der jeweiligen Drucksache-Nr. ausgewiesen.